

Ingo Schmidt

## **Yanis Varoufakis und Rudolf Hilferding: Wirtschaftstheoretiker im Praxistest**

Den Kapitalismus vor sich selber retten. Diesem Ziel hat sich der griechische Finanzminister Varoufakis verschrieben. Sein Argument, in Ermangelung einer Alternative zum Kapitalismus müsse dieser durch soziale und politische Reformen vor Depression und Faschismus bewahrt werden, erinnert an ähnliche Überlegungen innerhalb der Weimarer SPD. Nach Überwindung der Inflationskrise 1923 hatte ihr Cheftheoretiker Rudolf Hilferding argumentiert, ein ökonomisch stabilisierter und politisch organisierter Kapitalismus ließe sich schrittweise in den Sozialismus überführen. Als sein Parteifreund Fritz Tarnow nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise eine Art keynesianisches Beschäftigungsprogramm vorschlug, warnte Hilferding, die dafür nötigen Staatskredite würden zu Inflation führen und überhaupt gehörten Krisen nun einmal zum Kapitalismus. Die von Tarnow angestrebte Rettung des Kapitalismus, die den Faschismus verhindern sollte, blieb aus. Stattdessen retteten die Nazis den Kapitalismus auf ihre Weise. Erst nach Nazi-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg konnten jene sozialen Reformen durchgesetzt werden, mit denen der Aufstieg der Nazis verhindert werden sollen.

Wie Varoufakis war auch Hilferding ein in Krisenzeiten zum Finanzminister avancierter Wirtschaftstheoretiker. Hilferding bekleidete dieses Amt während der Inflationskrise 1923 und zu Beginn der Großen Depression 1929. Diese beiden Krisen haben nicht nur das Schicksal der Weimarer Republik besiegelt, sondern auch Spuren im kollektiven Gedächtnis vieler Deutschen hinterlassen, die bis heute nachwirken. Die Unnachgiebigkeit, mit der Berlin auf Schuldentrückzahlung und Sparprogrammen beharrt, obwohl beide erwiesenermaßen zur Verschärfung der Krise beigetragen haben, geht zumindest teilweise auf die Krisenerfahrungen im eigenen Land zurück.

### Theorie: Finanzkapital und Organisierter Kapitalismus

In seinem theoretischen Hauptwerk ‚Das Finanzkapital‘ hatte Hilferding die Verschmelzung von Banken und Industrieunternehmen sowie die zunehmenden Kartellierung der Wirtschaft beschrieben. Aus dieser Entwicklung zog er den Schluss, dass die Anarchie der kapitalistischen Konkurrenz sowie der damit verbundenen Krisen der Vergangenheit angehörten. Bis dato hatten Unternehmen im Streben nach einem möglichst großen Marktanteil Investitionen

und Produktion ohne Rücksicht auf den jeweiligen Bedarf ausgedehnt und damit periodische Überproduktionskrisen herbeigeführt. Dagegen haben die Kartelle mit ihrer abgestimmten Aufteilung eines Marktes unter eine kleine Zahl von Anbietern gezeigt, dass die Herrschaft blind zu befolgender Marktgesetze durch eine gezielte Kontrolle abgelöst werden kann.

Theoretisch, so Hilferding, ließe sich diese Entwicklung bis zu einem Generalkartell fortschreiben, das im Zusammenwirken mit dem Staat den Übergang zu einer sozialistischen Planwirtschaft erlauben würde. Die ebenfalls im Kartell vertretenen Banken würden die notwendigen Finanzen zur Realisierung des jeweiligen Wirtschaftsplanes bereitstellen. Um diesen Übergang praktisch zu bewerkstelligen, müsse freilich der politische Widerstand der Kapitalisten gebrochen werden.

Die Eingliederung der Gewerkschaften in die Kriegswirtschaft von 1914 bis 1918 interpretierte Hilferding als Schritt zu einem organisierten Kapitalismus. Allerdings wurde die Arbeiterklasse unter dem Belagerungszustand entrechtet, während das Wirtschaftsleben zunehmender politischer Kontrolle unterworfen wurde. Dies sollte sich mit der Entstehung der Weimarer Republik ändern. Freie Wahlen würden zu einer starken Repräsentanz im Parlament führen und dieses würde als Gegenmacht zum Finanzkapital fungieren. Auf diese Weise würde der organisierte Kapitalismus demokratisiert und könnte schrittweise in den Sozialismus überführt werden.

Diese Vorstellung war nicht neu. Sie war schon in der Sozialdemokratie des Kaiserreiches verbreitet und 1899 von Eduard Bernstein in den ‚Voraussetzungen des Sozialismus‘ systematisiert worden. Neu war, dass Hilferding sie aus marxistischer Perspektive formulierte, während Bernstein den Marxismus als hoffnungslos mit der revolutionären Politik von 1848 verbandelt ansah und im Namen einer reformistischen Strategie aufgegeben hatte. Neu war weiterhin, dass mit dem kartellierten Finanzkapital und der demokratischen Republik endlich die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen Wirklichkeit geworden waren, die für Bernstein noch weitgehend Zukunftsmusik gewesen waren. Überraschend ist, dass Hilferding diese Vorstellungen zu einer Zeit entwickelte, als Inflationskrise und das Bündnis von Ebert und Noske mit des Kaisers Generalen bereits gezeigt hatten, dass in Weimar eher die Voraussetzungen von Depression und Konterrevolution als eines reformistischen Sozialismus bestanden. Tragisch ist, dass die Theorie des organisierten Kapitalismus es Hilferding nach 1929 nicht erlaubte, jenen proto-Keynesianischen Reformismus zu unterstützen, um den sich möglicherweise eine anti-faschistische Einheitsfront hätte organisieren lassen.

## 1923: Die Große Inflation

Seit Gründung der Weimarer Republik und der damit verbundenen legalen Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner wurde über Lohnverhandlungen und Preiserhöhungen das Kräftegleichgewicht zwischen Lohnarbeit und Kapital austariert. Gleichzeitig mit Preis-Lohn-Spirale setzte sich eine Kredit-Spekulations-Spirale in Bewegung, mit deren Hilfe es einigen Unternehmern, berühmt ist insbesondere der Inflationkönig Hugo Stinnes, gelang riesige Konzerne zusammenzuraffen. 1922 beschleunigte sich die Inflation bereits erheblich und ging 1923 in einer Hyperinflation über, die von einem scharfen Einbruch von Produktion und Beschäftigung begleitet war. Nachdem er im August das Finanzministerium unter der Kanzlerschaft des DVP-Vorsitzenden Gustav Stresemann übernommen hatte, arbeitete Hilferding die Pläne zur Stabilisierung der Währung aus. Deren Umsetzung erlebte er freilich nicht mehr im Amt. Auf Druck der bürgerlichen Koalitionspartner wurde der SPDler Hilferding bereits im Oktober durch den parteilosen Hans Luther abgelöst.

Die mit der Einführung der Renten- und danach der Goldmark beabsichtigte Währungsstabilisierung gelang, ging aber auf Kosten der Arbeiterklasse. Während der Endphase der Inflation hatten die Nominallöhne nicht mehr mit den Preisen Schritt halten können. Ein starker Rückgang der Reallöhne war die Folge. Zudem konnten die Unternehmer angesichts von Arbeitslosigkeit und entsprechend geschwächten Gewerkschaften die Aufhebung des seit 1918 gesetzlich vorgeschriebenen Acht-Stunden-Tages durchsetzen. Nach dieser Rosskur erholten sich die Wirtschaft und mit ihr Beschäftigung und Reallöhne allmählich. 1927 wurde die gesetzliche Arbeitslosenversicherung eingeführt. 1928 kam die SPD bei den Reichstagswahlen auf knapp 30 Prozent, nachdem sie 1924 kaum über 20 Prozent gekommen war. Hermann Müller wurde Kanzler, Hilferding zog erneut ins Finanzministerium ein.

## 1929: Die Große Depression

Doch bevor die Träume von organisiertem Kapitalismus und Sozialreform in den Himmel wachsen konnten, brach über Deutschland die nächste Wirtschaftskrise herein. Nur drei Monate nach dem Schwarzen Freitag an der Wall Street muss Hilferding im Dezember 1929 bereits wieder abtreten. Gegen den Widerstand von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der dieses Amt bis 1939 ausübte, war es Hilferding, der 1941 in Gestapo-Haft in Frankreich starb, nicht gelungen, die zur Gewährleistung ausstehender Zahlungsverpflichtungen notwendigen Kredite zu beschaffen. Die Reparationslasten des Versailler Vertrages sowie eine durchweg negative Handelsbilanz sorgten dafür, dass die Weimarer Republik

während ihrer kurzen Geschichte die Zahlungsunfähigkeit nur durch den ständigen Zufluss ausländischen Kapitals vermeiden konnte. Daran hatten weder die Währungsreform 1923 noch die Erleichterungen der Reparationslasten im Zuge des Dawes-Plans etwas geändert. Letzterer führte lediglich dazu, dass amerikanisches Kapital während der kurzen Goldenen Zwanziger die Weimarer Republik über Wasser hielt. Dieser Geldsegen war aber bereits vor dem Wall Street Krach am abflauen und trocknete danach völlig aus.

Die von Müller geführte Regierung überlebte das Ausscheiden Hilferdings aus dem Finanzministerium nur um weitere drei Monate. Sie brach im März 1930 am Streit über Beitragserhöhungen zur erst wenige Jahre zuvor eingeführten Arbeitslosenversicherung auseinander. Die nachfolgenden Präsidialkabinette traten in einen Wettlauf zwischen krisenbedingt einbrechenden Staatseinnahmen und Ausgabenkürzungen ein. Als Alternative zu dieser krisenverschärfenden Politik schlugen der SPD-Reichstagsabgeordnete Tarnow und Baade ein von dem Gewerkschaftsökonom Woytinsky ausgearbeitetes Beschäftigungsprogramm vor. Parteichef Wels wurde in seiner Skepsis gegenüber diesen proto-Keynesianischen Vorstellungen von Hilferding unterstützt, der darin eine Abkehr vom Marxismus und einen Angriff auf die Stabilität der Währung sah. Mit Blick auf seine Erfahrungen als Finanzminister auf dem Höhepunkt der Inflation 1923 ist diese Sorge verständlich aber gleichwohl fehlgeleitet, weil die Große Depression von Deflation statt von Inflation begleitet war. Trotz des Vorstoßes von Tarnow, Baade und Woytinski konnte sich die SPD nicht zu einer aktivistischen Politik durchringen. Nachdem die Erwartung eines mehr oder minder automatischen Hinüberwachsens in den Sozialismus zerstört war, gab sich die Partei fatalistisch der Krise hin und unterstützte die Sparpolitik Heinrich Brünings als vermeintlich kleineres Übel gegenüber Hitler, dessen Aktivismus immer mehr Anhänger gewann.

#### Weimarer Spätfolgen: Falsche Lehre und verdrängte Erfahrungen

Die Abhängigkeit der Weimarer Republik von ausländischem Kapital ist vergleichbar derjenigen Griechenlands nach Beginn der Währungsunion 2001. In beiden Fällen kam es zu einem kreditfinanzierten Aufschwung, der mit dem Ende der Kreditzufuhr zusammenbrach. In beiden Fällen wurde die danach eintretende Krise durch Sparpolitik im Namen des Schuldenabbaus verschärft. Im Unterschied zur Weimarer Republik haben wirtschaftliche und soziale Krise in Griechenland bislang zu einem Aufschwung der Linken statt der Rechten geführt. Dies kann sich freilich ändern, wenn Syriza von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit EZB EU-Ministerrat und IWF zur Kapitulation gezwungen werden.

Die Erfahrungen mit der Weimarer Sparpolitik bringen den Hilferding-Nachfolger Gabriel und seine Kanzlerin Merkel allerdings nicht zu einer Abkehr von der Sparpolitik. Ihre Lehre aus Weimar ist vielmehr, dass eine Abhängigkeit Deutschlands von ausländischem Kapital vermieden werden muss und deutsche Exporte über alles gehen. Spekulations- und Inflationsexzesse während der Weimarer Republik und die hemmungslose Schuldenmacherei der Nazis werden genauso verdrängt wie Schuldenschnitt und günstige Wechselkurse, mit denen die USA der Bundesrepublik erst den Aufstieg zum Exportweltmeister ermöglicht haben. Gerade diese Verdrängung, die Gabriel und Merkel mit weiten Kreisen ihres Staatsvolkes teilen, macht es so schwierig, Solidarität mit Syriza zu organisieren.

---

Mai 2015